



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 21. November 2016
(OR. en)

14134/16
ADD 1

PV/CONS 54
ECOFIN 1010

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: 3495. Tagung des Rates der Europäischen Union
(Wirtschaft und Finanzen),
vom 8. November 2016 in Brüssel

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 13907/16 PTS A 83)

1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 zum Gesamthaushaltsplan für 2016: Anpassung der Mittel aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Bereich Migration und Sicherheit, der Senkung der Mittel für Zahlungen und der Mittel für Verpflichtungen infolge der globalen Mittelübertragung, der Verlängerung der Laufzeit des EFSI, der Änderung des Stellenplans der Agentur Frontex und der Aktualisierung der Einnahmenaufteilung (Eigenmittel) 3
2. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 zum Gesamthaushaltsplan für 2016: Umsetzung des Eigenmittelbeschlusses 2014/335/EU nach Abschluss des Ratifizierungsverfahrens und dessen Inkrafttreten am 1. Oktober 2016..... 3
3. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des Zugangs von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche 4

B-PUNKTE (Dok. 13906/16 OJ CONS 53 ECOFIN 987)

3. Schaffung eines gerechten, wettbewerbsorientierten und stabilen Systems der Unternehmensbesteuerung für die EU..... 4
4. Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche 5
 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinie 2009/101/EG [erste Lesung]
5. Sonstiges 5
 - Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

- 1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 zum Gesamthaushaltsplan für 2016: Anpassung der Mittel aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Bereich Migration und Sicherheit, der Senkung der Mittel für Zahlungen und der Mittel für Verpflichtungen infolge der globalen Mittelübertragung, der Verlängerung der Laufzeit des EFSI, der Änderung des Stellenplans der Agentur Frontex und der Aktualisierung der Einnahmenaufteilung (Eigenmittel)**

13331/1/16 REV 1 FIN 663 PE-L 60

vom AStV (2. Teil) am 26.10.2016 gebilligt

Der Rat legte seinen Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2016 (siehe Dok. 13331/1/16 REV 1) mit qualifizierter Mehrheit bei Stimmenthaltung der britischen Delegation fest und fügte folgende Erklärungen hinzu.

Erklärung des Rates zum EBH Nr. 4/2016

"Durch seine Zustimmung zu dem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2016 und zur vorzeitigen Bereitstellung von 73,9 Mio. EUR für die Dotierung des EFSI-Garantiefonds greift der Rat einem Beschluss über den Vorschlag COM(2016) 597 final der Kommission über die Verlängerung der Laufzeit des EFSI bis 2020 nicht vor. Der Rat betrachtet diesen Betrag als Bestandteil der Finanzierung des bereits 2015 vereinbarten EFSI-Pakets."

Erklärung des Rates zu Geldbußen

"Aufgrund der besonderen Sachlage in Bezug auf den Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016 stellt der Rat fest, dass die Geldbußen, die bereits endgültig geworden sind, nicht als Haushaltseinnahmen im Haushaltsplan verbucht werden. Der Rat erinnert daran, wie wichtig es ist, dass gemäß Artikel 83 der Haushaltsordnung und ihren Anwendungsbestimmungen Geldbußen so früh wie möglich, spätestens jedoch in dem Jahr als Haushaltseinnahmen verbucht werden, das auf das Jahr folgt, in dem sämtliche Rechtsbehelfe ausgeschöpft sind.

Der Rat ersucht die Kommission, das Europäische Parlament und den Rat so regelmäßig wie möglich über Geldbußen zu unterrichten, die als Haushaltseinnahmen verbucht werden können, damit die Berechenbarkeit der Beiträge der Mitgliedstaaten verbessert wird."

- 2. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 zum Gesamthaushaltsplan für 2016: Umsetzung des Eigenmittelbeschlusses 2014/335/EU nach Abschluss des Ratifizierungsverfahrens und dessen Inkrafttreten am 1. Oktober 2016**

13333/1/16 REV 1 FIN 665 PE-L 61

vom AStV (2. Teil) am 26.10.2016 gebilligt

Der Rat legte seinen Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2016 (siehe Dok. 13333/1/16 REV 1) mit qualifizierter Mehrheit fest.

3. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des Zugangs von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche

- = Allgemeine Ausrichtung
12020/2/16 REV 2 FISC 132 ECOFIN 781
12041/1/16 REV 1 FISC 133 ECOFIN 782
vom AStV (2. Teil) am 4.11.2016 gebilligt

Der Rat einigte sich über eine allgemeine Ausrichtung zu der Richtlinie auf der Grundlage des in Dokument 12041/1/16 REV 1 wiedergegebenen Kompromisstexts.

Erklärung des Rates und der Kommission

"Die Unterzeichneten begrüßen die vom Rat festgelegte allgemeine Ausrichtung zu der Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des Zugangs von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche. Im Hinblick auf eine effiziente und aktualisierte Gestaltung eines solchen Zugangs sind die Unterzeichneten der Auffassung, dass die Richtlinie 2011/16/EG künftig weiter überarbeitet und geändert werden sollte, um eine Bilanz der Ergebnisse der laufenden Überarbeitung der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zu ziehen, speziell was automatisierte zentralisierte Mechanismen wie zentrale Register oder zentrale elektronische Datenabrufsysteme anbelangt."

B-PUNKTE

3. Schaffung eines gerechten, wettbewerbsorientierten und stabilen Systems der Unternehmensbesteuerung für die EU

- = Vorstellung durch die Kommission und Gedankenaustausch
13729/16 FISC 169
13730/16 FISC 170 IA 99
+ ADD 1
13731/16 FISC 171
+ ADD 1
13732/16 FISC 172 IA 100
+ ADD 1
13733/16 FISC 173
+ ADD 1

Nach der Vorstellung der Mitteilung und des aus vier Gesetzgebungsvorschlägen bestehenden Pakets durch die Kommission hatte der Rat einen ersten Gedankenaustausch über diese Elemente.

4. Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche

- **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinie 2009/101/EG (erste Lesung)**
- = Sachstand

Der Rat erörterte den Sachstand in Bezug auf die Geldwäscherichtlinie und bekräftigte die Absicht, vor Ende 2016 ein Verhandlungsmandat festzulegen.

5. Sonstiges

- **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen**
- = Informationen des Vorsitzes
13877/16 EF 323 ECOFIN 982

Der Rat nahm Kenntnis vom Sachstand in Bezug auf die Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen.
